



# Interviews

**Datum: 30. November 2023**

## **Britta Haßelmann im Gespräch mit Dirk-Oliver Heckmann**

**Dirk-Oliver Heckmann:** Am Telefon zugehört hat Silke Haßelmann. Sie ist Co-Vorsitzende der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, war beim Koalitionsausschuss gestern im Kanzleramt dabei, schönen guten Morgen, Frau Haßelmann.

**Britta Haßelmann:** Ja, hallo, guten Morgen, Herr Heckmann.

**Heckmann:** Frau Haßelmann, nicht einmal der Koalitionsausschuss kann sich bisher also auf eine Lösung der Haushaltsmisere einigen. Hat Oppositionsführer Friedrich Merz recht, wenn er sagt, die können es nicht?

**Haßelmann:** Nein, hat er nicht. Und das wird Sie nicht erstaunen, dass ich das anders sehe. Wir hatten uns turnusgemäß verabredet und ich finde es richtig und wichtig, dass die Spitzen der Koalition in einer solchen Situation zusammenkommen und sich darüber austauschen, in aller Ernsthaftigkeit, wie wir nach dem Urteil aus Karlsruhe, was ja sehr klar und eindeutig ist und wo man auch sagen muss, es ist für niemanden gut gewesen, dass einfach deutlich wurde, wir haben das falsch eingeschätzt, alle gemeinsam. Und das müssen wir jetzt aufräumen. Und dass wir uns darüber dann austauschen und in den Spitzen beraten, ist, glaube ich, sehr wichtig und notwendig.

**Heckmann:** Wir sprechen natürlich mit Britta Haßelmann. Ich glaube, Frau Haßelmann, ich habe Ihnen gerade einen falschen Vornamen angedichtet. Frau Haßelmann, Finanzminister Lindner, der spricht von einer Finanzierungslücke für 2024 von 17 Milliarden Euro. Ist das die Summe, um die es geht oder kommt da noch was oben drauf?

**Haßelmann:** Ja, das scheint ja der ungefähre Rahmen zu sein. Das hat das BMF, also das Bundesfinanzministerium und der Finanzminister ja gestern auch öffentlich deutlichgemacht. Ich denke, dass wir jetzt mit dieser Zahl, mit dieser Summe umgehen müssen für den Haushalt 2024. Wir haben ja jetzt Schritt für Schritt im Hinblick auf das komplexe Urteil gehandelt und die Beratungen auch fortgesetzt im Haushaltsausschuss bei der Regierungserklärung des Kanzlers und der anschließenden Aussprache und dann gestern einmal intern im Koalitionsausschuss. Das Erste wird jetzt sein, die Schuldenbremse 2023, die außergewöhnliche Notsituation zu begründen nach Artikel 115 Absatz 2 des Grundgesetzes. Und dann werden wir uns dem Haushalt 2024 widmen. Mein Eindruck von gestern Abend war, dass wir einerseits mit der notwendigen Gründlichkeit, gleichzeitig zügig jetzt Planbarkeit und Sicherheit auch für Bürgerinnen und Unternehmen und Wirtschaft schaffen wollen, und dass das der Wunsch aller drei Parteien, aller drei Ampelpartner war. Deshalb müssen wir uns jetzt eben auf den 2024er Haushalt konzentrieren und gucken, wie wir das im Anschluss an die Bereinigungssitzung, die ja schon stattgefunden hat, in Bezug auf die Einzelpläne weiter hinkriegen.

**Heckmann:** SPD und Grüne sind ja für eine Aussetzung der Schuldenbremse auch 2024. Die FDP ist dagegen, wobei Christian Lindner die Tür nicht ganz zugemacht hat gestern im ZDF, auch öffentlich. Wie hat er sich denn da gestern positioniert?

**Haßelmann:** Also, ich glaube, dass wir das jetzt zwischen den Ampelpartnern ganz in Ruhe beraten werden und auch ohne das öffentlich miteinander auszutragen und zu diskutieren, die Argumente abzuwägen. Wir wissen, dass das keine einfache Situation ist, denn das Urteil ist komplex. Und wir diskutieren gleichzeitig öffentlich darüber, dass Zukunftsinvestitionen nötig sind für unseren Standort, für die Wirtschaft, für den Erhalt der Arbeitsplätze, und dass wir deshalb ganz grundsätzlich jenseits der Frage 24er Haushalt über eine Reform der Schuldenbremse und die möglichen Investitionen reden müssen. Das sagen viele Wirtschaftsexpert\*innen. Das ist der Ruf aus der Wirtschaft, der da kommt. Wenn wir in andere Länder schauen, wenn die USA 738 Milliarden Dollar investiert, um der amerikanischen Wirtschaft einen Schub zu geben für neue Jobs und Klimainvestitionen, dann sehen wir, wie wir da gefordert sind. Und das ist auch der Streit, den wir ja mit Friedrich Merz führen, der aus meiner Sicht an der Stelle ziemlich isoliert wirkt, wenn man sieht, wie viele Ministerpräsidenten der CDU, die in Regierungsverantwortung sind, jetzt auch über die Reform der Schuldenbremse und notwendige Zukunftsinvestitionen sprechen.

**Heckmann:** Kommen wir gleich noch mal zurück auf die Reform der Schuldenbremse. Jetzt geht es ja erst mal um die Aussetzung der Schuldenbremse für 2024. Bundeskanzler Scholz, der hat ja in seiner Regierungserklärung keine Position zu erkennen gegeben. Ist wenigstens Ihnen seine Position klar? Wurde er im Koalitionsausschuss deutlicher?

**Haßelmann:** Ja, also, ich glaube, dass vollkommen klar ist, dass wir als Ampel eben als drei Partner mit sehr unterschiedlichen Vorstellungen jetzt gefordert sind, an dieser Stelle den Haushalt 24 auf einen guten Weg zu bringen. Und das einerseits mit notwendigen Investitionen und Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger und der Wirtschaft in Klima und den Umbau der Wirtschaft. Denn unzweifelhaft warten darauf ganz viele. Wenn man die Stahlindustrie, die Halbleiterindustrie, viele Wirtschaftsbereiche ansieht, geht es um den Erhalt der Arbeitsplätze und den Anschub von Investitionen, nicht nur aus Gründen des Klimaschutzes, sondern der Erhalt der Arbeitsplätze ist ganz relevant. Das eint uns alle drei. Und das wollen wir. Das haben wir uns als Ampel gemeinsam vorgenommen. Und zum anderen wissen wir, dass wir gerade in Sachen sozialer Zusammenhalt, des sozialen Miteinanders eben auch den Bürgerinnen und Bürgern Sicherheit geben müssen bei diesen anstehenden Veränderungen. Und jetzt geht es darum, erst mal unter uns, sowohl auf Bundesregierungsebene zwischen Olaf Scholz, Christian Lindner, Robert Habeck und den Kabinettsmitgliedern nach Lösungen zu suchen und diese zu entwickeln. Und das muss natürlich von Parteien und Fraktionen der Ampelregierung getragen werden. Das ist der Weg.

**Heckmann:** Frau Haßelmann, wie soll denn die Aussetzung der Schuldenbremse für 2024 noch begründet werden? Die hohen Energiepreise, die sind ja deutlich runtergegangen. Jetzt wird in den letzten Tagen immer wieder der Ukraine-Krieg, die deutschen Hilfen für die Ukraine auf militärischer Ebene, aber auch auf finanzieller Ebene ins Feld geführt. Aber der könnte ja noch Jahre dauern. Soll also die Schuldenbremse jedes Jahr von Neuem ausgesetzt werden?

**Haßelmann:** Darüber wird zu diskutieren sein und das tun wir in der Ampel. Aber ich glaube, dass wir eine außergewöhnliche Situation haben, die auch den Artikel 115 begründen kann. Das sehen wir jetzt an der Aussetzung der Schuldenbremse für 2023. Der völkerrechtswidrige russische Angriffskrieg gegen die Ukraine verbunden eben mit diesen tiefgreifenden humanitären und wirtschaftlichen Auswirkungen findet

ja statt. Niemand weiß, wann er endet. Deutschland übernimmt da eine große Verantwortung an Unterstützung und Hilfe, die wir leisten, auch im nächsten Jahr. Wir wissen, die Wiederaufbaukonferenz wird hier in Deutschland stattfinden. Wir haben die Folgen dieses Krieges zu bewältigen. Das wissen wir. Und wir haben gleichzeitig natürlich auch durch die Einstellung der russischen Erdgaslieferungen, die zu massiven Preissteigerungen führten, einen Kostenschock für Unternehmen und private Haushalte gehabt. So, und da begründen wir die Schuldenbremse 2023 und deren Aussetzung mit dieser außergewöhnlichen Notsituation. Und wir müssen jetzt sehen, wie sich die Situation für 2024 darstellt. Der russische Angriffskrieg mit all seiner Brutalität findet nach wie vor statt. Wir sehen die schwierige Lage der Ukraine. Die europäischen Bündnispartner und auch wir haben versichert, wir helfen weiter. Die Ukraine kann sich auf die Unterstützung verlassen. Und wir haben natürlich zeitgleich die Notwendigkeit, eben unsere Wirtschaft bei dem Weg der Transformation zu begleiten. Und für all diese Fragen müssen wir die Finanzierung absichern. Und das ist sicher nicht einfach aus dem Kernhaushalt zu leisten.

**Heckmann:** Britta Haßelmann war das, Co-Vorsitzende der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen. Wir haben gesprochen über die Ergebnisse des Koalitionsausschusses gestern im Kanzleramt. Frau Haßelmann, schönen Dank, dass Sie uns zur Verfügung gestanden haben.

**Haßelmann:** Ja, gerne, Herr Heckmann, tschüss.

*Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.*